

Der brutale Angriff in Riehen vom Sonntag, 06.09.2026 wirft aus Sicht der SVP grundlegende Fragen zur öffentlichen Sicherheit im Kanton Basel-Stadt auf. Riehen gilt traditionell als ruhige und sichere Gemeinde. Umso alarmierender ist es, wenn nun auch dort die Bevölkerung mit schwerer Gewalt konfrontiert wird.

Die SVP sieht mit Sorge, dass sich Probleme, die man bisher vor allem mit dem urbanen Raum und insbesondere dem Kleinbasel, wo täglich Gewaltdelikte begangen werden, verbunden hat, zunehmend auch in andere Quartiere und Gemeinden ausbreiten könnten. Der konkrete Fall in Riehen ist zwar kein Beweis für eine solche Entwicklung. Er ist aber Anlass genug, vom Regierungsrat wissen zu wollen, wie sich die Jugend- und Gewaltkriminalität im Kanton tatsächlich entwickelt und ob sich räumliche Verschiebungen feststellen lassen.

Besonders beunruhigend ist die mutmassliche Brutalität der Tat. Drei Jugendliche sollen einen 46-jährigen Mann angegriffen und mit einem Stein auf den Kopf geschlagen haben. Gemäss Augenzeugin sollen die Täter auch weitergemacht haben, als das Opfer bereits am Boden lag.

Das darf nicht zur «neuen» Normalität werden.

Die Bevölkerung hat Anspruch darauf, dass der Staat für Sicherheit sorgt – nicht nur im Zentrum von Basel -wo man es nicht in den Griff kriegt-, sondern auch in Riehen und in den übrigen Gemeinden und Quartieren des Kantons. Gerade bei Jugendlichen stellt sich zudem die Frage, ob die bisherigen präventiven und erzieherischen Massnahmen ausreichen und ob bei schweren Gewaltdelikten konsequent genug reagiert wird.

Aus SVP-Sicht braucht es deshalb eine ehrliche Lagebeurteilung statt Beschwichtigungen: Wie entwickelt sich die Gewaltkriminalität? Woher kommen die Tatverdächtigen? Gibt es eine Verlagerung in bisher ruhigere Gebiete? Welche Rolle spielen Gruppendynamik, fehlende Perspektiven und mangelnde Erziehung? Und vor allem: Was unternimmt der Regierungsrat konkret, damit Riehen nicht zum nächsten Brennpunkt wird?

Sicherheit darf kein Privileg einzelner Quartiere sein, sondern muss im gesamten Kanton gewährleistet werden und die verunsicherte Bevölkerung hat ein Recht darauf zu wissen, was in aktuellen Fällen gemacht wird und ob die Täterschaft ermittelt werden können.

Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie hat sich die Gewaltkriminalität im Kanton Basel-Stadt in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen?
2. Stellt der Regierungsrat eine räumliche Verlagerung von Gewalt- und Jugenddelikten aus dem Stadtzentrum beziehungsweise dem Kleinbasel in bisher ruhigere Quartiere und nach Riehen fest? Falls ja, wie stark ist diese Entwicklung?
3. Wie viele Gewaltstraftaten wurden in den vergangenen fünf Jahren in Riehen registriert, und wie hat sich diese Zahl im Vergleich zu den Jahren davor entwickelt?
4. Wie viele der in Riehen registrierten Gewalt- und Jugenddelikte wurden von auswärtigen beziehungsweise nicht in Riehen wohnhaften Personen begangen? Gibt es diesbezüglich eine erkennbare Entwicklung?
5. Welche Erkenntnisse hat der Regierungsrat über die drei mutmasslichen Täter im vorliegenden Fall? Insbesondere: Handelt es sich um Jugendliche aus Riehen oder stammen sie aus anderen Gemeinden beziehungsweise Quartieren?
6. Welche konkreten Massnahmen ergreifen Polizei und Regierungsrat, um eine zunehmende Verlagerung von Gewaltkriminalität in die Agglomerationsgemeinden und insbesondere nach Riehen zu verhindern?
7. Ist die Polizeipräsenz in Riehen aus Sicht des Regierungsrates ausreichend? Falls ja, worauf stützt sich diese Einschätzung; falls nein, welche zusätzlichen Massnahmen sind geplant?
8. Welche Massnahmen bestehen im Kanton Basel-Stadt zur Bekämpfung von Jugendbanden, Gruppengewalt und sogenannter „Überfall- oder Spontangewalt“ durch Jugendliche? Werden diese Massnahmen angesichts der aktuellen Entwicklung überprüft?
9. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass bei schweren Gewaltdelikten von Jugendlichen die gesetzlichen Möglichkeiten des Jugendstrafrechts konsequent ausgeschöpft werden und Opfer sowie Bevölkerung angemessen geschützt werden?
10. Welche konkreten Schritte wird der Regierungsrat nach diesem Vorfall unternehmen, damit sich die Bevölkerung in Riehen auch künftig sicher fühlen kann? Ist insbesondere eine verstärkte Polizeipräsenz, bessere Beleuchtung oder eine verstärkte Überwachung von bekannten Problemorten vorgesehen?
11. Ist der Regierungsrat bereit anzuerkennen, dass die Bevölkerung nicht akzeptieren muss, dass sich Gewalt und Unsicherheit zunehmend aus den bekannten Brennpunkten der Stadt in bisher sichere Quartiere und Gemeinden wie Riehen ausbreiten – und welche konkreten Massnahmen ergreift er, um diese Entwicklung zu stoppen?

Felix Wehrli